

A21

Antrag

**an die ordentliche Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.
Möglicher Antragsschluss für Änderungsanträge: 9. Oktober, 12 Uhr.**

AntragsstellerIn: KV Fürstenfeldbruck (Beschluss der Mitgliederversammlung vom 16.09.15)

Gegenstand: Für die Vereinigten Staaten von Europa!

Antragstext

1 Die seit Jahren anhaltende Krise des Euro und die Debatten um die Flüchtlinge in
2 Europa zeigen, dass die Europäische Union in ihrer bisherigen Gestalt nicht mehr
3 funktioniert. Sobald ernsthafte Krisen auftreten, verfallen die meisten Staaten
4 in nationale Egoismen, schotten sich ab bis hin zur Schließung ihrer Grenzen und
5 versuchen ihre Interessen ohne Rücksicht auf die anderen Mitgliedstaaten
6 durchzusetzen. Dies können sie nur tun, weil es keine übergeordnete europäische
7 Instanz gibt, die für die Einhaltung des europäischen Rechts effektiv sorgt und
8 zugleich darauf achtet, dass nicht die Interessen stärkerer Mitgliedstaaten über
9 diejenigen schwächerer Mitgliedstaaten gestellt werden. Dieser nationale
10 Egoismus ist im Übrigen kein rein europäisches Phänomen: Man stelle sich vor,
11 was die Konsequenzen wären, wenn Bayern und Mecklenburg-Vorpommern eigenständige
12 Staaten wären und sich über die Verteilung von Asylbewerbern oder eine
13 gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik verständigen müssten. Auch hier
14 würde es sicherlich zu keiner Einigung, sondern nur zu heftigen
15 Verteilungskämpfen kommen.

16 Die Lösung kann nur sein, die staatliche Zersplitterung in Europa zu beenden und
17 endlich einen einheitlichen europäischen Staat zu schaffen - die Vereinigten
18 Staaten von Europa.

19 Die Vereinigten Staaten von Europa sollen ein Bundesstaat mit eigener
20 Staatsgewalt sein. Die jetzt noch bestehenden Mitgliedstaaten der Europäischen
21 Union sollen ihre staatliche Souveränität auf den neuen Bundesstaat übertragen.

22 Dabei kommt es ganz wesentlich darauf an, dass die vereinigten Staaten von
23 Europa wirklich demokratisch legitimiert sind. Wir brauchen daher ein
24 europäisches Parlament mit vollen Entscheidungsbefugnissen, das von der

25 Bevölkerung aller europäischen Bundestaaten gleichberechtigt gewählt wird. Dabei
26 muss die Stimme jeder Bürgerin und jedes Bürgers im Ergebnis gleich zählen. Die
27 jetzigen erheblichen Unterschiede im Stimmengewicht, die daraus resultieren,
28 dass die Abgeordneten des Europaparlaments nur in den jeweiligen Nationalstaaten
29 gewählt werden, wären damit beendet.

30 Ob ein europäischer Regierungschef bzw. eine europäische Regierungschefin direkt
31 vom Volk gewählt wird (entsprechend etwa dem französischen Präsidialsystem) oder
32 durch das europäische Parlament (wie es in den meisten Mitgliedstaaten derzeit
33 der Fall ist), wäre eine Frage von Verhandlungen, die jetzt noch nicht
34 entschieden werden muss. Entscheidend ist nur, dass die sodann zu bildende
35 europäische Regierung tatsächliche exekutive Befugnisse in allen wesentlichen
36 Bereichen einhält und nur dem Parlament bzw. dem Volk, nicht aber den
37 Regierungen der Mitgliedstaaten verantwortlich ist und auch nicht von diesen
38 abhängt.
39 Um die Vielfältigkeit der unterschiedlichen kulturellen Traditionen Europa zu
40 schützen und zu fördern, soll neben dem europäischen Parlament eine weitere
41 Kammer geschaffen werden, in der die jeweiligen Mitgliedstaaten bzw. die
42 europäischen Regionen vertreten sind.

43 Die Bürgerinnen und Bürger der jetzigen Mitgliedstaaten wären dann nicht mehr
44 zuerst Bürgerinnen und Bürger dieser Staaten, sondern Bürgerinnen und Bürger der
45 Vereinigten Staaten von Europa. Im Rahmen des föderalistischen Aufbaus des neuen
46 Staates Europa würde die Regelung derjenigen Angelegenheiten, die besser auf
47 unterer Ebene geregelt werden, im Verantwortungsbereich der jeweiligen
48 Bundesstaaten bzw. Regionen verbleiben. Welche dies sind, müsste in
49 Verhandlungen im Rahmen eines europäischen Verfassungskonvents entschieden
50 werden.

51 Leider müssen wir davon ausgehen, dass insbesondere einige Staaten Osteuropas
52 und Großbritannien nicht zu einem derart weitreichenden Schritt bereit sein
53 werden. Notfalls sind wir daher bereit, die Vereinigten Staaten von Europa
54 zunächst ohne diese Länder zu schaffen - selbstverständlich können sie aber
55 später jederzeit beitreten.

56 Uns ist bewusst, dass die vollständige Konzeption eines neuen Staates nicht im
57 Wege eines Parteitagsbeschlusses erfolgen kann, und über viele Fragen müssen
58 noch intensive Diskussionen geführt werden. Natürlich ist dafür auch eine
59 Volksabstimmung erforderlich. Uns geht es darum, ein grundsätzliches Ziel zu
60 formulieren:

61 **Wir wollen die Nationalstaaten in Europa überwinden und die Vereinigten Staaten**
62 **von Europa mit echter staatlicher Souveränität und weitreichenden Befugnissen**
63 **für die europäische Bundesregierung schaffen. Dabei ist es wichtig, dass dieser**
64 **neue Staat vollständig demokratisch legitimiert ist und die Regierung und das**
65 **Parlament sich direkt vor dem europäischen Volk verantworten müssen.**

Begründung

Die Begründung ist bereits in den Antrag eingearbeitet und erfolgt zusätzlich mündlich.

UnterstützerInnen

- Markus Rainer (KV Fürstenfeldbruck)
- Sebastian Pohl (KV Starnberg)
- Beate Walter-Rosenheimer (KV Fürstenfeldbruck)
- Ursula Geßner (KV Fürstenfeldbruck)
- Heide Kuckelkorn (KV Fürstenfeldbruck)
- Judith Reichel (KV Fürstenfeldbruck)
- Walter Voit (KV Fürstenfeldbruck)
- Daniel Holmer (KV Fürstenfeldbruck)
- Manfred Sengel (KV Fürstenfeldbruck)
- Jan Halbauer (KV Fürstenfeldbruck)
- Ingrid Jaschke (KV Fürstenfeldbruck)
- Anette Kilian (KV Fürstenfeldbruck)
- Christian Stangel (KV Fürstenfeldbruck)
- Laura Geßner (KV Fürstenfeldbruck)
- Gisella Gigliotti (KV Fürstenfeldbruck)
- Andreas Kirchgessner (KV Fürstenfeldbruck)
- Manuel Eberhardt (KV Fürstenfeldbruck)
- Elke Struzena (KV Fürstenfeldbruck)
- Lena Liesenhoff (KV Fürstenfeldbruck)